

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatlich 8 fl. In den Ausgabenstellten monatlich 2,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 fl. monatlich 3,11 fl. Unter Streifband in Polen
monatlich 5 fl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 fl. Pt.
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plat-
vorchrist und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
jährlich erlaubt. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen am bestimmten Tag und Blättern wird keine Gewalt übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847. Bremen 202157

Nr. 65.

Bromberg, Donnerstag den 19. März 1925.

49. Jahrg.

Bromberger Resolution.

Die Protestversammlung, die am Montag, den 16. d. M. auf dem Neuen Markt in Bromberg stattfand, hat nach dem „Dziennik Bydgoski“ eine völlig anders geartete Entschließung angenommen, als der unbeteiligte Beobachter nach dem Bericht der amtlichen Polnischen Telegraphen-Agentur annehmen müsste. Wir geben daher den genauen Text der Resolution nachstehend in deutscher Übersetzung wieder:

1. Wir lenken die Aufmerksamkeit aller internationalen Faktoren, denen die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens nicht eine bloße Phrase, sondern das heilige Gebot für die nächste und fernere Zukunft der Menschheit ist, darauf hin, daß jede Anwendung der polnischen Grenzen den Bündnstoff für einen neuen Weltbrand bilden müsste.

2. Unseren obersten Leitenden, verantwortlichen Behörden erklären wir, daß wir fest hinter ihnen stehen werden, wenn sie ihre Wachsamkeit nicht durch irgend welche Versprechungen einschläfern lassen, sondern mit vollster Entschiedenheit und männlicher Festigkeit überall und immer die Rechte Polens, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, wahren werden.

3. Wir machen die englische Regierung und alle diejenigen internationalen Politiker, die auf Kosten Polens den Frieden der Welt (Europas) sichern wollen, darauf aufmerksam, daß der Haupfkessel, in dem dauernd der Vulkan der deutschen Vergeltung brennt, Ostpreußen ist, das ur-alte litauisch-polnische Land, das durch Alau seinen Besitzern entrissen worden ist, und das gegenwärtig angeblich von seiner Stammtiefe, dem Deutschen Reich, abgerissen wurde.

Wir fordern die Streichung Ostpreußens

vom der Karte Europas und die Zuteilung des nördlichen Teils desselben an Litauen und des südlichen (Masowien und Ermland) an Polen. Erst dann wird sicher in Europa der ersehnte Friede eintreten.

4. Wir verlangen von den Zentralbehörden, daß den Wirtschafts- und den städtischen Behörden, daß den deutschen Optanten der Aufenthalt in Polen nicht verlängert werde, sondern daß ihnen nach dem Beispiel Deutschlands (?) unverzüglich eine Präfekturkarte, die nicht über den 15. August hinausreicht, gestellt werde, über die hinaus kein Optant auch nur eine Stunde lang im polnischen Staate wohnen darf.

5. Wir machen die Zentralbehörden darauf aufmerksam, daß die ganze polnische Volksgemeinschaft mit großer Aufmerksamkeit die jetztigen

deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen verfolgt und in keinem Falle zugeben wird, daß die von Deutschland geforderten Bedingungen der Meissibegünnsigung angenommen werden, wobei wir von dem wichtigen Grundsatz ausgehen, daß in Polen nur arbeiten und von den Wohlstätten des Landes nur Gebrauch machen, in ihm nur leben und sich bereichern darf der polnische Arbeiter, der polnische Industrielle, der polnische Bankier, der polnische Kaufmann usw.

6. Auf Grund eines spontan gehäuften Verlangens von Teilnehmern an der Kundgebung wurde noch eine Resolution angenommen, daß Danzig einen Bestandteil Polens bilden sollte.

Wir Deutsche in Polen haben uns der Gewalt der Tatsachen gebeugt und uns in allen Jahren der polnischen Unabhängigkeit, sowohl in alter wie in neuer Zeit, als durchaus legale Bürger der Polnischen Republik bewiesen. Der Kriegsminister Sikorski, der durch seine Entdeutschungsrede im Posener Rathaus bekannt wurde, hütten deutschen Soldaten bezeugt, daß sie sich im Warschauer Kriegskriege hervorragend bewährt haben, und Herr Koranty hat in seiner Ministerregierung erklärt, daß die Deutschen zu den besten Steuerzahler des Landes gehören. Wir sind auch jetzt an der internationalen Förderung der sogenannten „Korridorfrage“ unbeteiligt, sehen uns jedoch — um der Wahrheit und der außenpolitischen Interessen unseres Staates willen — genötigt, die oben mitgeteilte Bromberger Resolution kurz mit folgenden tatsächlichen Bemerkungen zu versehen:

Die deutschen Vorschläge, die der englische Außenminister Chamberlain begrüßt hat, bieten Polen einen Schiedsvertrag an, bei dem die Frage des Korridors und des polnischen Oberschlesiens nur auf friedlicher Weise gelöst werden kann. Wenn die eine, d. h. die polnische Seite, nicht zustimmt (was wir für gewiß halten!), ist der deutsche Antrag erledigt. Es besteht nach unserer Ansicht ebenso wenig Aussicht für seine Annahme, wenn er im Völkerbundrat auf Grund des § 19 des Völkerbundstatutes zur Beratung kommt. Für seine Annahme in Genf ist die Einstimmekeit der Ratsmitglieder Voraussetzung. Da Frankreich und die Tschechoslowakei im Völkerbundrat vertreten sind, wird diese Einstimmekeit leichtlicher Voraussetzung nach niemals zu erreichen sein. So hat auch der polnische Ministerpräsident Grabski erklärt, daß er den deutschen Vorschlag, der sich auf ein Gebiet bezieht, das z. B. des Übergangs in polnische Herrschaft von einer knappen deutschen Mehrheit bewohnt wurde, nicht als eine akute Gefahr ansiehe. Ein Massenprotest gegen den deutschen Nachbarn, dem Polen seine Unabhängigkeit und zwei Provinzen zu verdanken hat, erscheint uns demnach als kein empfehlenswertes politisches Mittel zur diplomatischen Abwehr der aussichtslosen deutschen Vorschläge.

2. Ost ist ein Sieb die beste Parade, aber der Sieb muß geschäftigt werden, sonst kann er der Abwehr nur abträglich sein. Der Sieb des Ostpreußen ist in diesem Zusammenhang eine politische Torheit, die die polnische Regierung, wie schon das Verschweigen der letzten Revolutionspunkte im PAT-Bericht beweist, nicht mitzumachen gedacht. Ostpreußen war seit dem Beginn seiner Geschichte fast von einer überwältigenden germanischen, preußischen oder deutschen Bevölkerung bewohnt. Es unterstand nur in der Zeit von 1466 (weiter Thorne) bis 1660 (Friede von Oliva) der Lehnshoheit des polnischen Königs. Bei den letzten deutschen Reichstagswahlen wurden in dieser rein deutschen Provinz von einer Einwohnerzahl von 2½ Millionen nur 6000 polnische Stim-

men abgegeben; das Abstimmungsergebnis des Jahres 1920 stellte fest, daß — auf die Bevölkerung der ganzen Provinz umgerechnet — nur ein Viertel Prozent der Einwohner ihre Stimme für Polen abgaben.

Man schlägt also dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Gesicht, wenn man in einer Stadt des polnischen Reiches, das 30—40 Prozent Fremdstämme enthält, die Einverleibung Ostpreußens fordert. Zu der spontan gefassten Resolution, daß auch Danzig polnisch werden müsse, ist zu bemerken, daß nach den Danziger Wahlergebnissen in dem Gebiet der Freien Stadt gleichfalls über 90 Prozent Deutsche wohnen.

3. Mit besonderer Entschiedenheit weisen wir die unbegründeten Angriffe auf das Deutschland in Polen zurück. Wir haben seit Jahrhunderten in diesem Lande Heimatrecht erworben, und unsere Väter haben zum besten dieser Provinzen unsterbliche Werke geleistet. Wie wir erfahren, ist der Einberuf der Demonstrationsversammlung in Bromberg erst seit einigen Jahren in unserer Heimat ansässig; er hat em wenigstens Recht, die Deutschen als Einwohner zu behandeln und von der Arbeit und dem Segen dieser Arbeit auf den Erbe ihrer Väter auszuschließen. Das die polnischen Optanten in Deutschland nach Ausweisungsbefehl erhalten, bevor den deutschen Optanten in Polen das gleiche tragische Geschick zuteil wurde, ist eine offenkundige Unwahrheit. Jeder, der sich nur eingerahmt mit politischen Dingen beschäftigt, muß wissen, daß die Deutschen auch jenseits unserer Grenzen stets für das Verbleiben der Optanten in ihren Wohnsitten gegenüber den Forderungen des Westmarkvereins eingetreten sind.

Wir rütteln nicht an der Sicherheit der polnischen Westgrenzen, wir tun als Deutsche weiter unsere Pflicht, die unserer Heimat und unserem Staat dienen. Aber wir warnen vor einer Fortsetzung politischer Methoden, ohne die wahrscheinlich das ganze Problem der polnischen Westgrenzen nicht wieder aufgerollt wäre.

Eine herausfordernde Protestkundgebung in Warschau.

Warschau, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der hier am Sonntag stattgefundenen Protestkundgebung und dem sich anschließenden Umzug zum Protest gegen die Garantievorschläge Deutschlands nahmen die Manifestanten vor der deutschen, englischen und italienischen Gesandtschaft eine sehr herausfordernde Haltung ein. Am schlimmsten war es natürlich vor dem deutschen Gesandtschaftsgebäude. Die Studenten fingen an zu johlen und zu pfeifen, auf Deutschland zu schimpfen und forderten den deutschen Gesandten auf, sich zu zeigen. Dieser Forderung wurde jedoch nicht stattgegeben. Auch Stände spielten bei dieser Aktion eine große Rolle. Vor der französischen Botschaft stimmten die Manifestanten die Marschallade an.

Die Kommunisten benutzten diese Manifestation für ihre Ziele. Zu wiederholten Maleen sammelten sie sich auf den Plätzen der Stadt an und ließen ihre Redner sprechen. Sie versuchten sogar, einen Umarzug unter ihren Bannern zu veranstalten. Die Polizei hatte mit der Sprengung der Versammlungen viel Arbeit. Auf einem Platz nahm eine Arbeitergruppe, Gegner des Kommunismus, eine äußerst drohende Haltung gegenüber den Kommunisten ein und verbot dem Redner das Verlesen der Resolution. Der schnell hinzugerufenen Polizei gelang es, ein Handgemenge zu verhindern. An einer anderen Stelle nahm die berittene Polizei sechs Kommunisten fest. Die kommunistischen Versammlungen waren durch den kommunistischen Sejmabgeordneten Skrzypa organisiert.

Wie der „Voss. Ztg.“ aus Warschau gemeldet wird, war es bei der Hauptkundgebung bemerkenswert, daß seitens der Demonstranten feindliche Rufe nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England laut wurden. In der Nähe der englischen Gesandtschaft musste die Polizei energisch antifranzösische Demonstrationsversuche verhindern. Die Zugangsstraßen zur englischen und zur deutschen Gesandtschaft waren durch starke Polizetaufgebote gesperrt.

„Polen fürchtet sich nicht!“

Eine große politische Rede des Außenministers Skrzynski in Paris.

Paris, 16. März. PAT. Sonntag abend veranstaltete, wie bereits gestern erwähnt, die Franco-polnische Gesellschaft ein großes Bankett zu Ehren des Außenministers Skrzynski. An dem Festessen nahmen gegen 200 hervorragende Persönlichkeiten Frankreichs und Polens teil.

Ministerpräsident Herrriot, der gegenwärtig anlässlich der Enthüllung eines Denkmals für Jaurès in Castres weilt, ließ sich auf dem Bankett durch den Kolonialminister vertrösten.

Das Festessen wurde von dem Botschafter Nouvelles geleitet, der während des Desserts einen Brief Paderewski verlas, in welchem der Künstler seinem Bedauern, an diesen Tage nicht in Paris sein zu können, Ausdruck gibt. In Gedanken sei er jedoch gleichfalls anwesend, da sich sein Herz mit der Sympathiekundgebung vereinige, deren Gegenstand Außenminister Skrzynski sei.

Während des Festessens hielt

Minister Skrzynski

eine Rede, die in folgenden Schlusszügen ausklang:

„Wenn wir uns fragen, ob Polen empört sei und ob Polen sich fürchtet, so müssen wir darauf mit einem „Nein“ antworten.“

Polen will alles vergessen, was der Vergangenheit angehört, um ein neues Leben mit seinen Nachbarn zu beginnen. Andererseits wird es jedoch auch nicht die Lehren der Geschichte missachten und sich der täglichen Friedensarbeit hingeben, um die innere Konsolidierung zu erreichen. Polen ist zu hartnäckiger Arbeit ent-

Der 30. (Gulden) am 18. März

(Börsbörsslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar . . . = 5,21 Gulden
100 Zloty . . . = 101 Gulden

Warschau: 1 Dollar . . . = 5,20 Zloty
1 Danz. Gulden . . . = 0,99 Zloty

Bank Polski zahlte heute für 1 Dollar 5,16%—5,17

1 Reichsmark . . . = 1,23%—1,24% Zloty

sichlossen, und ist sich bewußt, daß es sich dabei mit jedem Tage mehr Grundstift und Achtung in den Augen der anderen Völker, insbesondere seines großen Verbündeten Frankreich, erringen wird.

Polen fürchtet sich nicht. Herr Stroemann wird es nicht erreichen, daß der Völkerbund sich seinen Ansichten bezüglich der Anwendung des Art. 19 des Völkerbundpaktes gegenüber Polen anschließen wird.

Alle Mitglieder des Völkerbundes wünschen ein Deutschland in ihrer Mitte zu sehen, das seine Mitarbeit in loyaler und aufrichtiger Weise anbietet würde. Um so bedauernd gegenüber Polen anzusehen wird.

Herr Skrzynski betont hierbei die Schwierigkeit der Frage, was Deutschland überhaupt unter einer „freiwilligen Unterschrift“ verstehe. Die Unterschrift Deutschlands im Jahre 1925 könnte im Vergleich zu der Unterschrift im Jahre 1920 vielleicht als freiwillig gelten, wird dies jedoch nicht im Vergleich zu der Unterschrift sein, um die Deutschen im Jahre 1920 oder gar noch vor diese freigesetzt werden. Die Sicherheit, die sich auf derartige Unterschriften stützt, kann keine dauernde sein.

Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich in Zukunft das wahre Gleichgewicht auf die Unterschriften aller führen wird, wobei sich die Unterzeichner der Bedeutung ihrer Unterschrift und deren Unantastbarkeit voll bewußt sein werden. Diese Überzeugung nähert uns dem Genfer Protokoll, sie stimmt auch mit dem Geiste überein, von dem die im vergangenen Jahre in Genf von Herriot gehaltene prächtige Rede erfüllt war und sie kommt auch den Ideen nahe, die Briand am vergangenen Freitag auf der Sitzung des Völkerbundrats in so meisterhafter Weise zum Ausdruck gebracht hat.

Die Größe des französischen Standpunktes beruht auf der Überzeugung, daß die Sicherheit bei Nichtachtung der Grundzüge der Gerechtigkeit praktisch nicht zu verwirklichen ist. Dies bedeutet die Einführung der großen Lösungen der französischen Revolution in das internationale Leben.

Napoleon, dem sein Plan, Europa durch Waffengewalt in eine Staatenföderation umzuwandeln, mißlungen ist, erklärt, daß die Befreiung eines Volkes nur dadurch möglich sei, daß man es durch die Idee gewinne. Die Stunde der Befreiung einer Völker, die von dem größten Genie vorausgeplant wurde, hat jetzt geschlagen. Diese Stunde ist die Stunde des Sieges und der großen Idee, der Idee der Gerechtigkeit und der Solidarität der Menschheit in der Verteidigung des Rechtes.

Daher muß vor allem Frankreich als demjenigen Staate gehuldigt werden, der dem Gemissen der Menschheit den Weg wies und der die Rolle eines Schmiedes der Zukunftsideale spielt. Dies Frankreich wird von Polen geliebt und geachtet.“

Seine Rede beendete Minister Skrzynski mit dem Auffe: „Es lebe Frankreich!“

Nach der Rede des Ministers stellten verschiedene hervorragende politische Persönlichkeiten fest, daß Skrzynskis Rede zu den besten politischen Reden gehört, die in letzter Zeit gehalten worden sind.

Der „Korridor“.

Wie die „Agencia Wschodnia“ aus Warschau meldet, sollen deutsche Blätter behauptet haben, Chamberlain habe in Genf versucht, Polen zum Verzicht auf den sog. „Danziger Korridor“ zu veranlassen. Dafür sollte Polen mit einem jetzt zu Polen gehörigen Gebiet entschädigt werden und sollte beträchtliche Kredite zum wirtschaftlichen Aufbau Polens erhalten.

Derartige Angaben haben wir in der reichsdeutschen Presse nicht gefunden, wo man sich überhaupt weit weniger mit der Korridor-Frage beschäftigt, als man nach dem Echo, die der Chamberlain-Plan in Polen hervorgerufen hat, annehmen sollte.

Gegen Marr.

Die ewige Regierungskrise in Preußen.

Der unlängst wiederum mit einer Stimme Mehrheit vom Preußenhaus erwählte preußische Ministerpräsident Marx hatte am Dienstag vormittag eine Befreiung mit den Parteien, in der er diesen die Grundzüge seiner bei der Regierungsbildung verfolgten Richtlinien darlegte und sie von seinen weiteren Absichten unterrichtete. Diese gehen dahin, noch weitere Versuche in der Richtung eines Beamtenkabinetts zu machen. Angestrebte wird dabei die Beteiligung von Persönlichkeiten von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Die mit den Verhandlungen zur Regierungsbildung betrauten Fraktionsvertreter der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Nationalsozialistischen Freiheitspartei haben Dienstag nachmittag den gleichlautenden Beschluss gefaßt, der im Sinne der bereits von den Deutschnationalen eingenommenen Haltung eine Kabinettbildung durch Herrn Marx ablehnt, da dieser Kandidat für die Reichspräsidentschaft sei.

Man nimmt in politischen Kreisen an, daß Herr Marr zunächst auf das Ministerpräsidium in Preußen verzichten wird, da die Schwierigkeiten bei der Kabinettbildung ihm nur seinen Kampf um die Reichspräsidentschaft erschweren können.

Die Aussprache in Paris.

Über die zweistündige Unterredung des französischen Ministerpräsidenten Herrriot mit dem britischen Staatssekretär Chamberlain in Paris wird folgendes offizielles Communiqué verbreitet: Chamberlain stellte nach seiner Rückkehr aus Genf Montag nachmittag dem französischen Ministerpräsidenten einen Besuch ab. Einer früheren Vereinbarung gemäß seien die beiden Minister im Verlaufe einer längeren Unterredung den Meinungsaustausch fort, den sie jüngst über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik und insbesondere über das Problem der Sicherheit hatten, mit der Absicht, in vollkommenem Herzlichkeit für beide Länder annehmbare Lösungen zu suchen. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß die wesentlichen Punkte der gestellten Probleme genau festgestellt wurden. Die Verhandlungen hierüber werden auf diplomatischem Wege mit dem gleichen freundschaftlichen Charakter und in Verbindung mit den anderen Alliierten fortgesetzt werden.

Die Aussprachen der Nächtbeteiligten.

Nach dem "Œuvre" hat Herrriot über den Verlauf der Konferenz mit Chamberlain erklärt, man brauche dem Protokoll von Genf keine Träne nadzuweinen. Die Frage sei auf September vertagt und noch nicht begraben worden. Man dürfe nicht das Protokoll von Genf

dem Garantievertrag zu drei — zwischen Frankreich, England und Belgien —, dem Garantievertrag zu fünf — unter Beteiligung von Italien und Deutschland —, oder dem Garantievertrag zu sieben — indem man Polen und die Tschechoslowakei zulasse — entgegenstellen. Man müsse analytisch vorgehen und zu erkennen suchen, welche Probleme gestellt sind, und welche Lösungen sie finden könnten. Der Sicherheitspakt, zu dem man sich entschließe, müsse vom Völkerbunde angenommen werden, also in seinen Rahmen sich einfügen. Es handle sich also um ein Teilprotokoll, das von den gleichen Grundsätzen getragen sei, wie man sie in Genf im vorigen September ausgearbeitet habe, und es werde clappenweise zu dem großen Werke führen, das man jetzt noch nicht angenommen habe. Wir sind nicht unenig mit Chamberlain über die Arbeit, die wir vollbringen haben. Wir beide haben als Grundlage die Beachtung des Versailler Vertrages und des Völkerbundstatus anerkannt. Wie könnte also Polen beunruhigt sein? Frankreich und sein Alliierter sind loyal, und Polen ist kein kleiner Staat. Es wird sein Wort bei den zukünftigen Handlungen mitzusprechen haben. Ich bin mit Chamberlain darin einig, daß Deutschland in den Völkerbund nach den allgemeinen Regeln eintreten soll. Ich füge persönlich hinzu, daß die Alliierten sich untereinander geeinigt haben müssen, ehe sie mit Deutschland über einen Garantievertrag verhandeln.

Herrriot weigerte sich, über die Räumung der östlichen Zone etwas zu sagen, indem er erklärte, es handle sich um eine Frage, die die Botschafterkonferenz behandeln werde.

Der Pariser Korrespondent des "Daily Telegraph", Pertinax, schreibt über die Besprechungen Herriotics mit Chamberlain und Benesch, der Bericht der Militärfontrollkommission werde nicht oder jedenfalls nicht jetzt veröffentlicht werden. Chamberlain vertrete die Ansicht, daß eine Veröffentlichung des Berichts nicht zur Schaffung einer besseren internationalen Atmosphäre beitragen werde. Im Augenblick scheine auch keine Konferenz der Alliierten mit Deutschland in Sicht zu sein. Die deutschen Vorschläge würden weiterhin von der französischen und von der britischen Regierung geprüft, aber der angeregte Pakt werde nicht abgeschlossen werden, ehe nicht Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei. Der Pakt werde überdies keine Bestimmungen enthalten, die, soweit eine

Revision der deutschen Ostgrenze

in Betracht komme, mit Artikel 19 der Völkerbundsatzung in Widerspruch ständten, wonach die Ostgrenzen Deutschlands nur durch einstimmigen Beschluss der Völkerbundversammlung geändert werden könnten. Was die Aufnahme Polens und der Tschechoslowakei in den Pakt betreffe, so sei es noch zweifelhaft, ob die britische Regierung sich damit einverstanden erklären werde, daß die Aufrechterhaltung der Ostgrenzen von allen Weltmächten garantiert werde. Was die Entmilitarisierung des Rheinlandes angehe, so hätten die Alliierten das Recht, nach dem Versailler Vertrag jede Verletzung der Entmilitarisierungsbestimmungen als eine feindselige Handlung zu betrachten. Nach Herriotics Absicht solle später neben dem von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Pakt ein besonderes militärisches Abkommen abgeschlossen werden.

Nach Beendigung der Beratung erklärte Chamberlain dem französischen Ministerpräsidenten, er hoffe, daß die nächste Unterredung in London stattfinden werde. Herrriot antwortete, er sei damit einverstanden.

Die deutschen Vorschläge und das englische Kabinett.

Der Pariser "Matin" veröffentlicht nach der "Deutschen Allgem. Zeitg." einen sensationellen Bericht über die Vergeschichte der gegenwärtigen diplomatischen Lage. Man gewinnt aus dieser Darstellung, die offenbar keineswegs aus der Luft geflogen ist, recht interessante Aufschlüsse über die Ursache der plötzlichen Wendung in der englischen Politik, die sich in den ersten Tagen des März bemerkbar machte. Bissher wurde allgemein angenommen, daß der Umschwung im englischen Kabinett über die wichtigsten gegenwärtigen internationalen Fragen auf ein Eingreifen Balfours zurückzuführen sei. Die Enthüllungen des "Matin" geben jedoch zu verstehen, daß es sich in Wirklichkeit vor allem um eine persönliche Rivalität zwischen Curzon und Chamberlain gehandelt habe. Das englische Kabinett habe zunächst den französisch-englisch-belgischen Drei-Mächte-Pakt zur Sicherung der französischen Grenze zugestimmt, den Chamberlain in seinem bekannten Memorandum, das vom 18. Februar datiert war, entwidelt hatte. Aber in einer Sitzung des Kabinetts vom 14. März sei Curzon plötzlich gegen dieses Projekt aufgetreten, habe den Fünf-Mächte-Pakt auf Grund des deutschen Angebots empfohlen und das Kabinett in Abwesenheit Baldwins (?) auf seine Seite gezogen.

Chamberlain sei nach dieser Niederlage nahe daran gewesen, zu demissionieren. Nur die bevorstehende Genfer Tagung habe ihn davon abgehalten.

Im übrigen findet sich auch in diesem Bericht die Behauptung, daß die deutsche Regierung zu ihren bekannten Vorschlägen durch den englischen Botschafter in Berlin veranlaßt worden sei, der diesen Schritt unternommen habe, ohne seine Regierung davon in Kenntnis zu setzen.

Die deutsche Regierung wolle jedoch jetzt neue Forderungen stellen oder von ihrem Angebot wieder zurücktreten. Chamberlain habe deshalb von Genf aus den Berliner Botschafter telegraphisch angewiesen, dafür zu sorgen, daß die deutsche Regierung im Rahmen ihrer bisherigen Vorschläge bleibe.

Ein polnisch-tschechischer Schiedsgerichtsvertrag in Sicht.

"Petit Journal" glaubt über die Pläne des tschechoslowakischen Außenministers Benesch unterrichtet zu sein. Er vertritt den Standpunkt, daß das deutsche Angebot eines Paktes der gegenseitigen Garantie von den Alliierten mit der größten Aufmerksamkeit geprüft werde. Während die Alliierten unter sich und mit Deutschland verhandeln, wolle er, Benesch, aber nicht untätig bleiben. Er werde eine Parallelaktion unternehmen und sich im nächsten Monat nach Warschau begeben, wo er einen tschechoslowakisch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag, an dem seit einigen Wochen gearbeitet werde, unterzeichnen werde. Das sei noch nicht ein Pakt des Beistands zwischen den beiden slawischen, Deutschland benachbarten Nationen, aber die Grundlage hierzu. Andererseits werde die Tschechoslowakei einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit verschiedenen anderen Staaten, namentlich mit Österreich, abschließen. Wenn die großen Alliierten ihrerseits sich mit Deutschland verständigen werde es alsdann in Europa zwei Gruppen des gegenseitigen Beistands geben, alle beide im Rahmen des Völkerbundes. Wenn nun diese beiden Gruppen sich später vereinigten, käme man also auf ein mehr oder weniger eingeschränktes System zurück, wie man es im September voriaen Jahres in Genf ausgearbeitet habe.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 17. März. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen bisher trotz der Verschärfung der politischen Situation einen normalen Verlauf, da beide Delegationen sich nur von rein wirtschaftlichen Interessen leiten lassen. Der Rahmenvertrag wurde bereits genehmigt und in den nächsten Tagen werden die Beratungen über die überaus wichtige Transitfrage aufgenommen werden.

Im Zusammenhang damit wird auch die Frage des polnischen Kohlenexports nach Deutschland erörtert werden. Die Genfer Konvention sieht bekanntlich ein monatisches Exportkontingent von 500 000 Tonnen fest. Polen fordert nun, da die Konvention am 15. Juni erlischt, die Zulassung eines jährlichen Exportkontingents von 7 Millionen Tonnen und motiviert seine Forderung damit, daß im anderen Falle die polnische Industrie nicht lebensfähig sei. Es ist somit eine ähnliche Situation wie in Elsas-Lothringen entstanden.

Die deutsche Delegation hat sich entschieden gegen diese Forderung ausgesprochen. Deutschland will überhaupt kein bestimmtes Kontingent fixieren, sondern steht auf dem Standpunkt, daß im Falle, daß Deutschland polnische Güter benötigen sollte, die Einfuhr auch ohne Feststellung eines Kontingents gestattet wird.

Die polnisch-tschechischen Liquidationsverhandlungen abgebrochen.

Prag, 17. März. Die seit dem 28. Februar in Prag geführten polnisch-tschechischen Liquidationsverhandlungen wurden abgebrochen. Die polnische Delegation verläßt Prag. Die Verhandlungen werden in der zweiten Hälfte des April in Warschau fortgesetzt werden.

Am weitesten sind die Verhandlungen über die Staatszugehörigkeit gebiehen. In der Frage der Verteilung der Amnestiefaisten konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Auch in der Frage der Landesbesitzungen und der Besitzungen der autonomen Körperschaften konnte man zu keiner Einigung gelangen. In der für Polen besonders wichtigen Angelegenheit der nationalen Minderheiten konnten nicht einmal die Vorverhandlungen aufgenommen werden, da die Tschechoslowakei Fragen aufrollte, zu deren Besprechung die polnische Delegation keine Vollmacht hatte.

Nach Thugutt's Rücktrittsgesuch.

Grabski verweigert die Annahme der Demission.

Warschau, 18. März. Die Frage des durch den Vizepremier Thugutt eingereichten Rücktrittsgesuchs wurde bis jetzt noch nicht erledigt. Ministerpräsident Grabbski sieht, dem "Nasz Przeglad" zufolge, alles daran, um Herrn Thugutt zur Zurückstellung des Gesuchs zu bewegen. Die Konferenzen, die gestern in dieser Angelegenheit stattfanden, verliefen jedoch ergebnislos. Eine endgültige Entscheidung ist heute zu erwarten. Wie unsere Warschauer Redaktion aus gutinformierter Quelle erfährt, wurde die Demission Thugutts nicht angenommen.

Ministerpräsident Grabbski will, Zeitungsmeldungen zufolge, Herrn Thugutt im Kabinett behalten, ihm jedoch nicht das Portefeuille des Innenministers geben, um das sich Thugutt bemüht. Dagegen sollen die Kompetenzen Thugutts als Vertreter des Ministerpräsidenten, die bisher nicht genau festgelegt waren, genau präzisiert werden. Zu diesem Zwecke plant der Ministerpräsident, im Sejm einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem der Posten des Vertreters des Ministerpräsidenten auf einer gesetzlichen Grundlage aufgebaut werden soll. Wie der "Nasz Przeglad" erfährt, ist jedoch Thugutt nicht gewillt, auf eine derartige Lösung der Frage einzugehen und sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen.

Was die Wyzwolenie will . . .

Warschau, 18. März. Die zweitägigen Beratungen der Konferenz der Wyzwolenie-Partei fanden gestern mit der Annahme einer Reihe von Resolutionen ihren Abschluß, deren wichtigste folgende sind:

Auf dem Gebiet der Innopolitik genehmigte die Konferenz den vom parlamentarischen Klub der Wyzwolenie gefaßten Beschuß, eine oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung einzunehmen und erklärte sich mit der Forderung einverstanden, den Sejm unverzüglich aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Eine der Lösungen, unter denen die neuen Wahlen stattfinden sollen, soll die Kassierung des Senats sein.

Eine andere Resolution ist der Sanierung der Beziehungen in den Ostgebieten gewidmet. Gefordert wird die Regelung dieser Frage in dem Sinne, daß die Rechte der weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung in vollem Umfang anerkannt werden, um ihr die Möglichkeit zu geben, sich national und kulturell in den Grenzen des polnischen Staates zu entwickeln. In weiteren Resolutionen in bezug auf die Innopolitik empfiehlt die Tagung dem parlamentarischen Klub, sich mit allen Kräften den Gelüsten der Reaktion zu widersetzen, die darauf abzielen, die Konstitution und die Wahlordnung zu ändern, und bei den Kommunalwahlen das Pluralwahlrecht einzuführen.

Auf dem Gebiet der Auslandspolitik erklärt sich die Wyzwolenie für eine friedliche Politik, die sich auf die Achtung der Trakte stützt. In der folgenden Resolution protestiert die Konferenz dagegen, daß Marschall Piłsudski bis jetzt noch nicht zum aktiven Heeresdienst zurückberufen wurde.

Der Gesetzentwurf über den Ausnahmestand.

Sejmssitzung vom 17. März.

Warschau, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Unterbrechung von 14 Tagen trat gestern das Plenum des Sejm wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine Reihe von wichtigen, die Allgemeinheit interessierenden Fragen, die jedoch nicht endgültig erledigt wurden. Eine längere Diskussion löste der Gesetzentwurf über den Ausnahmestand aus, der von dem sozialistischen Abgeordneten Czapinski einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Er verlangte die Verwerfung des besonders scharfe Maßnahmen vorsehenden Projekts. Der ukrainische Abg. Chruściel protestierte im Namen seines Klubs ebenfalls gegen dieses Projekt, und der Abg. Balliu von der Unabhängigen Bauernpartei griff die Polizei sehr scharf an, wobei er Redewendungen gebrauchte, die der Sejmarschall als antisozial anfah und ihm mit der Entziehung des Wortes drohte. Balliu sprach über den Kongress der Wyzwolenie-Partei und verurteilte deren Resolutionen. Hierbei wurde er mehrere Male von der Rechten unterbrochen (Abg. Dobrynia rief: "Herunter mit den Spitzbüben!") — worauf ihn der Sejmarschall zur Ordnung rief. Der Antrag des Abg. Czapinski auf Ablehnung des Gesetzes wurde verworfen, und das Gesetz der Verfassungskommission überwiesen. Auf den Bänken der Unabhängigen Bauernpartei entstand daraufhin großer Lärm, man schlug mit den Pultdeckeln.

Hierauf referierte Abg. Michalski über den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung der Geltung der Vorschriften über die Steuer von Eigentümern. Bekanntlich schlug die Regierung eine Erhöhung des Sazex für das Jahr 1923 auf 18 Prozent und für die nächsten Jahre auf 15, 11 und 10 Prozent vor. Die Kommission setzte diese Sätze auf 12, 10, 8 und 7 Prozent herab.

Vergangt wurde der Gesetzentwurf, nach welchem das Gesetz vom 31. Juli 1923 über die Parzellierung von Land geändert und vervollständigt werden soll, und die Dringlichkeitsanträge über die Abgeordnetenversammlungen wurden ohne Diskussion der Verfassungskommission überwiesen, die binnen 10 Tagen ihren Bericht in dieser Sache einbringen soll. Der Reglementscommission des Sejm wurden die Anträge auf Auslieferung des sozialistischen Abgeordneten Solnicki, des weißrussischen Abg. Owsiak und des kommunistischen Abgeordneten Czolikowski überwiesen. Nach Verlesung einer Anzahl von Interpellationen wurde die Sitzung geschlossen. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr statt.

Republik Polen.

Die Grenzflüsse.

Am 14. März ist in Schönemühl eine deutsch-polnische Konvention über die Verwaltung der Neihe und der Küste an den Stellen, wo diese beiden Flüsse die Grenze gegen Deutschland bilden, und über die Schiffahrt auf diesen Flüssen unterzeichnet worden. Auf polnischer Seite unterzeichnete das Abkommen im Auftrage des Außenministeriums Herr Kuzanicki, auf deutscher Seite Herr Egart. Das Abkommen bedarf zu seiner Ratifikation durch die beiderseitigen gesetzgebenden Körperschaften.

Wir werden morgen eingehend über den Inhalt dieses Abkommens berichten.

Alleine Rundschau.

* Der Telephonverkehr mit dem fahrenden Eisenbahnzug. Die "Frankfurter Zeitung" meldet: Die seit Monaten auf der Strecke Hamburg-Berlin geführten Versuche, den Telephonverkehr zwischen ortsfesten Stationen und fahrenden Eisenbahnzügen und zwischen Bügen untereinander herzustellen, haben nach Mitteilung von auständiger Stelle den Beweis geliefert, daß das Problem auf Grund der Vorarbeiten als gelöst betrachtet werden kann. Die Verständigung zwischen Bügen und jeder bestehenden Telephonstation des Reiches ist so klar wie zwischen ortsfesten Stationen und läuft sich in kürzester Frist herstellen. Als erste Strecken, die mit den entsprechenden Errichtungen ausgestattet werden sollen, sind die oben genannte Verbindungsstrecke Hamburg-Berlin und ferner die Strecke Berlin-München in Angriff genommen, von denen die ersten im Laufe des Sommers dem öffentlichen Verkehr übergeben werden wird.

* Die Königin mit dem Bubikopf. Königin Elisabeth von Belgien hat sich ihr Haar abschneiden lassen und ist damit die erste Souveränin, die der Mode des Bubikopfes huldigt. Als sie ihren Hofdamen Mitteilung von ihrem Entschluß machte, erregte dies eine wahre Palastrevolution. Die Damen hielten einen Kriegsrat ab und beschlossen, der Königin ernste Vorstellungen zu machen. Über alles war vergebens, denn die Königin betonte, daß sie der Zustimmung ihres Gatten sicher sei und sich über alles andere hinwegsetzen wolle. Am nächsten Tage erschien sie dann auch zum Entseihen der Hofdamen mit abgeschnittenem Haar. Als die Hofdamen ihrem Ärger auszuladen Ausdruck geben, beendete sie jeden weiteren Widerspruch mit den wenig höflichen Worten: "Meine Damen! Ich glaube, daß Ihre Haare länger sind als Ihr Verstand!"

* Der hocheingehöhte Tenor. In Pariser Theatertreinen erzählt man sich ein Ereignis, das einem der berühmtesten Tenore der Großen Oper kürzlich widerfahren ist. Er war Guest in einem Hause, dessen während der Frankfurtsaft erworbenem Reichstum im Gegensatz zu der künstlerischen Kultur der Familie stand. Es war eine höchst ungewöhnliche Gesellschaft, und um 2 Uhr nachts noch richtete die Hausfrau an ihn die Bitte, noch etwas zu singen. Der große Sänger zeigte wenig Lust dazu und fragte deshalb die Frau des Hauses: "Glauben Sie nicht, Madame, daß das Ihre Nachbarn hören wird?" — "O, das macht nichts," erwiderte Madame, "die Mieter nebenan haben einen Hund, der uns nachts auch immer durch sein Bellern stört. Jetzt sollen sie auch einmal an die Reihe kommen."

Glauben Sie ja nicht --

daß es etwas gibt, was „ebenso gut“, so gesund, so nahrhaft und so ausgiebig ist, wie Kathreiners Kneipp-Malzkaffee!
Kathreiners Kneipp-Malzkaffee ist kein gewöhnlicher Malzkaffee — — —

Der Gehalt macht!

Bromberg, Donnerstag den 19. März 1925.

Pommerellen.

18. März.

Graudenz (Grudziadz).

* Schulfreie Tage. Die Schüler und Schülerinnen der hiesigen höheren Lehranstalten, einschließlich des Lehrerseminars, sind auf drei Tage vom Schulunterricht befreit, da die katholischen Schüler an geistlichen Exerzitien in der Kirche teilzunehmen haben.

* Von der Weichsel. Eine wesentliche Veränderung des Weichselwasserstandes ist nicht zu bemerken. Der seit mehreren Tagen anhaltende Frost hat wieder Grundeisbildung zur Folge. Am rechten Ufer des Stromes ist Eis treiben, und die Schollen gehen ziemlich dicht. Zwischen den Bühnen und sonstigen ruhigen Wasserstellen bemerkt man sogar schon eine Eisdecke. Fahrzeuge sind auf dem Strom nicht zu sehen.

* Von Ahlenhandel. Infolge des jüngst eingetretenen Brotes belebte sich der Brennmaterialienhandel wieder etwas. Die Kohlenhändler klagen aber allgemein über schlechten Geschäftsgang. Trotzdem Kohlen schon wieder in den Häusern angeboten werden, ist infolge der starken Konkurrenz und der direkten Belieferung der Bahnamt durch die Bahnverwaltung der Umsatz nur gering. Wegen der Geldknappheit wird der Kredit auch wieder stark in Anspruch genommen.

* Geschäftsläufe und Neugründungen. Trotzdem es wohl kaum einen Geschäftsmann gibt, der nicht über schlechten Geschäftsgang klagt, werden immer wieder neue Geschäfte aufgemacht. Die vorhandenen Läden reichen nicht aus, wenn auch mal hin und wieder einer leer steht. Es werden daher Wohnungen zu Läden umgebaut. Zurzeit wird das Eckhaus am südlichen Ende des Getreidemarktes im Erdgeschoss zu Verkaufsräumen umgebaut.

* Die kalte Witterung hält an. Am Dienstag zeigte das Quecksilber wieder 10 Grad unter Null. Die dünne Schneedecke schützt zwar die Saaten, vermag aber nicht Bäume und Sträucher vor dem Erfrieren zu bewahren. Die warme Sonne der Mittagsstunden erwacht Leben in den in Winterruhe befindlichen Pflanzen, der Saft beginnt seinen Umlauf, die Zellen werden damit gefüllt und beim Gefrieren desselben gesprengt und zerstört. Waren die Pflanzen beschattet, so wird die Saftzirkulation aufgehoben, Sprengung der Zellen wird nicht erfolgen.

* Fußballsport. Der Sportklub Graudenz spielt am letzten Sonntag mit seiner ersten Mannschaft gegen die gleiche des Sportvereins "Sokół", Bromberg. Nach Anstoß entwickelte sich ein flotter Kampf. Nach dem Wechsel war vereitelter Spiel, von dem die hiesigen stets mehr hatten. Zu einem weiteren Treffer kam es aber auf beiden Seiten nicht mehr, so daß sich die Mannschaften mit dem unentschiedenen Ergebnis von 1 : 1 trennten. Die Elf des Sportklubs zeigte ein gutes Spiel, und nur deshalb, weil der Balllinke infolge Verlehung ausscheiden mußte, konnte sie nicht den verdienten Sieg herausholen. — Im Vorspiel trafen sich die Mannschaft des Gymnasial-Sportvereins "Sturm"-Konitz und die Junioren des Sportklubs. Letztere waren von Anfang an überlegen und schlugen die Konitzer, nachdem sie bis zum Wechsel fünf Tore erzielt hatten, mit 7 : 1. — Am Vormittag trug die 2. Mannschaft des Sportklubs ein Spiel gegen die Sportabteilung der Gutttempler (7. o. g. 7.) aus und unterlag knapp mit 2 : 3.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Deutsche Bühne Grudziadz. Die für den vergangenen Sonntag angelegte Fremdenvorstellung "Die kleine Sünderin" mußte wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers verschoben werden. Sie findet nunmehr bestimmt am Sonntag, den 22. März d. J. statt. Wie schon früher mitgeteilt, ist die Aufführung zeitig um 8 Uhr zu Ende, so daß die mit der Bahn eintreffenden Besucher noch die Abendfülle benutzen können. Gerade dieser Operettenschwanz hat durch seine vorzüliche Darstellung und durch die komischen Szenen einen so außergewöhnlichen Beifall gehabt, daß sich niemand die Gelegenheit entgehen lassen sollte, sich einige Stunden kostlich zu amüsieren.

* Marktbericht. Die Butterpreise am Dienstag-Wochenmarkt waren wegen des großen Angebots wieder gefallen. Das Pfund kostete 2.40—2.50, Eier halten den Preis von 1.30—1.50. Der Fischmarkt war schlecht besucht; es gab nur wenig Weißfische zu 60 gr und Schleie und Quabben. Grüne Heringe sind von 50 auf 40 gr gesunken. Aufschnitte, Zitronen sowie Mandarinen wurden in großen Mengen und zu mäßigen Preisen angeboten. Wegen der Kälte fehlten die meisten Bauernwagen.

* Vom Elektrizitäts- und Gaswerk. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde nach langer Debatte dem Elektrizitätswerk ein Wechselgiro in Höhe von 60 400 zł bewilligt, jedoch mit einem wichtigen Vorbehalt. In Zukunft dürfen keine Geschäftsabschlüsse über 10 000 zł ohne vorherige Genehmigung der städtischen Kommission getätig werden (wie lebhaft der Aufkauf von Straßenbahnwagen), und die Preise für Gas, Strom und Straßenbahnsäfte dürfen nicht erhöht werden ohne vorheriges Einverständnis derselben Kommission.

* Luxuspassagierdampfer. Im kommenden Frühjahr soll dem Betrieb nach eine ständige Dampfer-Verbindung mit Giechocinek, Bielsk, Plock und Warschau eingerichtet werden. Es sollen drei Luxuspassagierdampfer verkehren, die bis Warschau ca. 28 Stunden und zurück 18 Stunden fahren würden.

* Radioausstellung. Am vergangenen Sonntag fand in der Brückenstraße (Mostowa) eine Ausstellung von Radioapparaten (Empfängern und Sendern) durch den Radioverein statt. In Tätigkeit waren sämtliche Apparate von den alten (erste Erfindung) bis zu deren neuester Konstruktion. Viel Interesse erregte ein Schalltrichter, hergestellt von einer Firma in Hamburg. Nicht nur die eigentliche Konstruktion und gute Schallkraft, sondern auch die billigen Preise sämtlicher Zubehörteile dieser Firma waren das Tagessprach. Originell war auch der selbsthergestellte Empfänger des Oberen Piastazynski. Das Kommando der hiesigen Fliegerstation hatte Sender und Empfänger militärischer Konstruktion ausgestellt. Die Demonstration der Radiokonzerne wurde durch die ungünstige Witterung sehr beeinträchtigt, und so war von "reiner" Musik wenig zu hören.

* Radio und Blitzgefahr. Es kam hier vor, daß Haushalter ihren Mietern nicht gestatteten, eine Antenne auf dem Dache des Hauses anzulegen, in der Meinung, daß diese die Blitzschlaggefahr steigere. Hierzu teilt das Radio-Laboratorium bzw. der Radioverein mit, daß eine Antenne gleichzeitig ein Blitzableiter ist.

* Aus dem Landkreis Thorn, 17. März. Ein auf dem Wege von Culmje nach Kucawalla befindlicher Guts-

wagen, mit Rohren beladen, wurde unterwegs von 6 Männern geplündert. Es gelang jedoch, die Täter festzustellen und der Polizei zu übergeben.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Donnerstag, 19. März, 8 Uhr, in der Altstädt. Kirche: Zweiter Vortrag des Gen. Sup. Dr. Blau über "Die Krise der Weltanschauung und das Christentum". Eintritt frei. (8981 **)

Copernikus-Verein Thorn. Die für das Lautenkonzert Ernst Duis gelösten Eintrittskarten bitte bei Herrn Oskar Stephan, Szerola 16, zurückzugeben. (8982 **)

er Culm (Chelmno), 16. März. In der am Mittwoch der vorigen Woche abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde unter anderem beschlossen, dem Militärfestspiel 6—8 Morgen leichtes Ackerland an der Kaserne des Jäger-Regiments zu Pferde Nr. 8 angrenzend, zum Bau eines zweiten Pferdestalles unentgeltlich zu überlassen, wenn der Fiskus sich verpflichtet, die beim Bau benötigten Arbeitskräfte nur aus unserer Stadt zu beschaffen. — Laut ministerielle Verfügung wurde den drei Leitern der hiesigen Elementarschulen je vier Morgen Ackerland zum Gemüse- und Kartoffelbau aus den städtischen Ländereien überwiesen. — Die Erhöhung der Schlachtgebühr von 2.50 auf 4 zł für die über die Staatsgrenzen ausgeführten Schweine wurde beschlossen. — Die Kreispolizeibehörde hat nun aus Danzig einen als Polizeihund und ausgebildeten deutschen Schäferhund für den Preis von 1100 zł angekauft. — Dem Gutsbesitzer Stefanski in Kiewo wurden zwei mit Nickel beschlagene Metallgeschirre im Werte von 600 zł aus seiner Wagenremise mittels Einbruch gestohlen. Es vergeht keine Woche ohne Hühnerdiebstahl im hiesigen Kreise. Nachdem erst vor kurzer Zeit in mehreren Ortschaften solche ausgeführt worden waren, wurden jetzt dem Besitzer W. Fischbäck in Blandau 25 Hühner im Werte von 100 zł mittels Einbruch gestohlen.

m Aus dem Kreise Culm, 17. März. Einen bösen Strich durch die Rechnung macht der heilige Kälterückschlag für den meisten Landwirten. Infolge des ungünstigen Ernteausfalls des letzten Jahres sind in vielen Wirtschaften die Nahrungsutterbestände nicht mehr ausreichend. Besonders in der Niederung erwartete man vom frühen Frühjahr baldigen Graswuchs. Da die Futterbestände vielfach bald verbraucht sein werden, redete man mit außergewöhnlich frühem Weidegang. Die heilige Witterung macht alle die Hoffnungen auszuhändigen. Auch die Bestellungsarbeiten, mit denen hier und da bereits begonnen waren, sind unterbrochen und vorläufig auch keine Aussichten, wann wieder damit angefangen werden kann. — Gegen frühere Seiten ist die Zahl der Polizeibeamten wesentlich vermehrt worden. Der Kreis der Tätigkeit der Wachmeister ist durch Einführung des Tabakmonopols noch vergrößert worden, da bekanntlich der Tabakschmuggel in höchster Blüte steht.

Briefkasten der Redaktion.

* 50. Die 27 000 Mark Kriegsgeld sind = 23 333 złoty. Davon werden 15 Prozent gezahlt = 4995 złoty.

Herrn A. G. Die betr. Mitteilung haben wir in unserer Nummer 57 vom 10. März d. J. wiederholt. Inzwischen hat sich nichts geändert. Über die Anmeldung von Kriegsanleihen ist noch nichts bestimmt.

Mehrere Anfrager. Wir wiederholen, daß wir Auskunft nur an unsere Abonnenten, die sich als solche ausweisen, erteilen können. Anfragen von anderer Seite sind zwecklos.

M. 1871. Diese Geldauktionen werden u. E. nicht aufgewertet. (§ 41 o der Verordnung vom 14. 5. 1924.) Von der Roggenauktion können Sie u. E. Roggenzinsen verlangen.

M. G. R. Da wir nicht wissen, wo und wie das Geld angelegt war, können wir auch nicht wissen, wie es aufgewertet wird.

M. M. 1. Sobald der Mieter aus der Wohnung heraus ist, sind Sie wieder Herr Ihrer Räume und brauchen sich keine neuen Mieter aufzutreiben zu lassen. 2. Wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Wir können in der Sache keinen Rat geben.

M. 48. P. B. Wir können Ihnen keine Auskunft geben, da wir nicht wissen, wie das Geld angelegt war.

G. T. in II. Das sind keine Kindergelder im Sinne des § 29 der Verordnung vom 14. 5. 1924, sondern Restlaufgelder, und es kommt darauf an, welche Bestimmungen bei der Eintragung getroffen werden. Wenn ausgemacht wird, daß das Geld nach 1 Jahr fällig wird, dann ist alles in Ordnung; denn Sie werden zweifellos die Genehmigung erhalten, das Geld nach Deutschland zu überweisen.

S. H. Uszcie. 1. In nächster Zeit soll nach einem Beschluss des Reichstages dem letzteren ein Gesetzentwurf zugehen, der die ganze Aufwertungsfrage neu regelt. Es empfiehlt sich deshalb, mit der eigenen Entscheidung auch zu warten. 2. Die Aufwertung der Verfahrens. Der Maßstab für die Umrechnung wird schließlich nach dem Verhältnis der für diesen Zweck vorhandenen Dekret, und zwar durch einen Regierungskommissar. Ein Antrag auf Aufwertung ist nicht nötig.

E. 1. 800 złoty und die Binsen, die auch umgerechnet und wie das Kapital behandelt werden. 2. Ja. 3. Ja, nach der volkischen Verordnung; aber da der Gläubiger in Deutschland lebt, ist es besser, sich mit ihm gütlich zu einigen. 4. 4000 złoty.

G. P. 1. Selbstverständlich müssen Sie von der Sparkasse anerkannt werden, obgleich das eigentlich nicht nötig ist, da die Anerkennung schon in dem Sparbuch vorliegt. Die Frage zu 2 erledigt sich von selbst. 3. Die Aufwertung erfolgt nach einem komplettierten Verfahren durch einen Regierungskommissar. Die Höhe bemüht sich nach der vorhandenen Dekret. 4. Bei Verfügungen von Todeswegen ist die Aufwertung höher als etwa bei Darlehenshypotheken (§§ 28 und 29 der Verordnung vom 14. 5. 1924), aber ein bestimmter Satz ist nicht angegeben. Der Satz „in deutscher Waluta“ dürfte keine Bedeutung haben. 5. Nein.

M. A. 500. 1. Nein. Nur wenn er eine höhere Aufwertung will, als sie im Gesetz vorgesehen ist, muß er sich mit dem Schuldner in Verbindung setzen, resp. die Entscheidung des Gerichts anrufen. 2. Es ist ratsam, wenn sie im Grundbuch als Mithabender der Hypotheken eingetragen ist. Ist sie volkische Staatsangehörige, dann braucht sie das nur zu tun in dem unter 1 erwähnten Falle. 3. Pfandbriefe brauchen in Deutschland nicht angemeldet zu werden. 4. Über Ihre Mietzache können wir Ihnen keine Auskunft geben, da wir nicht wissen, ob es sich allein um eine Wohnung oder um einen Laden handelt, und evtl. wie groß die Wohnung ist, und mit wieviel Prozent Sie im Juni 1924 die Mietzahlung begonnen haben.

Nr. 720, Graudenz. 1. Sparkassengelder brauchen nicht zur Aufwertung angemeldet zu werden. 2. 15 Prozent.

H. A. 227. Sparkassenguthaben in Deutschland brauchen nicht angemeldet zu werden.

A. A. 11. Es stehen Ihnen 90.75 złoty zu; die Binsen müssen Sie selbst ausrechnen. Welche Waluta Ihnen für die Regelung genehmer ist, müssen Sie doch besser wissen.

Für unsere Postabonnenten.

Wir machen unsere Postabonnenten wiederholt freundl. darauf aufmerksam, daß unser Blatt nach wie vor außer vierteljährlich, auch jederzeit monatlich bei allen Postämtern und Postagenturen in Westpolen bestellt werden kann.

Auch die Briefträger nehmen vierteljährliche und monatliche Abonnements auf die "Deutsche Rundschau" an. Jedoch legt der Briefträger den Abonnenten nur noch Vierteljährliche Quittungen vor, und zwar immer im letzten Monat des Quartals in der Zeit vom 15. bis 25. für das nächstfolgende Quartal. So z. B. Ende März für das 2. Quartal (April, Mai, Juni). Falls der Abonnent die Zeitung nicht gleich für das ganze Quartal bestellen will, muss der Briefträger die Quartals-Quittung auf einen Monatsabonnement ändern. Für den zweiten und dritten Monat im Quartal legt der Briefträger Abonnementsquittungen nicht mehr vor, nimmt jedoch auf Verlangen des Abonnenten auch Bestellungen für den zweiten resp. dritten Monat im Quartal an und bringt dann bei seinem nächsten Besuch dem Besteller die Postquittung mit.

Andererseits bitten wir unsere Postabonnenten, für diese Abonnementsquittungen die in unserer Zeitung vorgedruckten Abonnementsquittungen zu verwenden oder an Bekannte, welche unser Blatt noch nicht halten, zur Bestellung der "Deutschen Rundschau" freundl. weitergeben zu wollen.

Thorn.

Am Montag vorm. 11 Uhr entließ sanft nach schwerem Krankenlager meine innig geliebte Tante, unsere liebe Mutter, Schwester und Schwägerin, Frau

3934

Marie Stemmer

geb. Schneider
im 81. Lebensjahr.

Torun, den 17. März 1925.

Im Namen der Hinterbliebenen

Gertrud Wiese.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. M. nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, ul. Sienkiewicza 1, aus auf dem altestädt. evang. Friedhof statt.

Geigenvirtuosin
früh. Lehrerin am Konservatorium Berlin,
erteilt Unterricht. Mieckiewica 129, II. r.

Gut erhalten 4-6 P.S.
Breitkreicher,
1 Pferd stehen zum
Verkauf.

A. Kröning, Wolfs-
Kämpe v. Zlotorja,
pow. Toruń. 3935

Suche f. meine Witwe
Wirkungskreis
in Stadthausl. (Ver-
trauenstl.) zum 1. 4.
oder später. 3936

Bärber Anuszel,
Górsz, powiat Toruń.

Für meinen 17-jährig.
Sohn suche per 1. April
in Thorn gute 3937

Pension
R. Hostmann,
Jabłonowo, Pomorze.

Gegen langfristigen Kredit

Deutsches Kalisalz

Thomasmehl

Superphosphat

Chilesalpeter

Norgesalpeter

liefern prompt

Laengner & Illgner,

Torun, Chelmiańska 17, I.

Telefon 111. 2856

Tapeten
in- u. ausländische Ware, pro Rolle
von 75 gr an, aufwärts.

Schablonen :: Goldleisten

empfiehlt in großer Auswahl.

Toruński Skład Tapet

St. Lisecki,

Sw. Ducha 15. Toruń. Telefon 217.

* Versand nach außerhalb. 3937

Montag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr:

Airchen-Musik

in der Altstädtischen evangelischen Kirche

zu Thorn, ausgeführt von

Gertrud Heinrichsdorf (Cello),

Friedel Gotthard-Danzig (Orgel).

Lieder von Buxtehude, J. S. Bach, Brahms.

Zwangsvorsteigerung

Um Sonnabend, den 21. März 1925, vormittags 10 Uhr, werden in Wilezat, ul. Nakielska 14, an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung folgende Gegenstände verauft werden:

4 Tische, 1 Büssett, 2 Bierapparate, 1 Kühlapparat, 1 eiserner Ofen.

Die erwähnten Gegenstände können 1 Stunde vor der Vorsteigerung besichtigt werden.

Bydgoszcz, den 17. März 1925.

Oddział Egzekucyjny
przy Magistracie miasta Bydgoszczy.
(—) Wache, Stadtrat.

Überleitung.

Zwangsvorsteigerung

Am Donnerstag, den 19. März 1925, vorm. 11 Uhr, werde ich ul. Dworcowa 77 an den Meistbietenden gegen Barzahlung verauft:

1 Wagen mit Patentachse, 1 herrschaftlichen Wagen, 1 Geldschrank, 1 Schreibmaschine, 2 Schreibtische.

Malak, komornik sadowy.

Fahrradhändler

Sichern Sie sich an Ihrem Platze den Alleinverkauf des erstklassigen

Original-Fahrrades

,Patria“.

Platzvertretungen vergibt der General-Vertreter für Groß-Polen

Otto Rosenkranz

Bydgoszcz, ul. Długa 5
Großhandlung für Fahrräder u. -teile.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

3265

Prima Schmierseife

in Fässern à 100 und 50 Pfund, à 50 zł per Zeitiner, offeriert

Julian Król, Chemische Fabrik

Bydgoszcz, jetzt: Nowy Rynek 11. Tel. 283.

Achtung!

Mit dem heutigen Tage habe ich eine besondere

3702

Bernadelungs-Instolt

eröffnet. Ich nehme die verschiedenen Teile und örtliche Instrumente zum Bernadeln, Schleifen und Polieren an.

Die Arbeiten werden unter Garantie und billig ausgeführt.

Antoni Zaist, Schleiferei,
Ecke Mostowa 6.

Möbel

empfiehlt zu billigen Preisen

Warenhaus M. Glasfeld

Bukowiec, pow. Swiecki.

Blumentöpfe

in den Größen von 7 bis 22 cm Ø, hat sofort preiswert in Waggons u. Risenladung abzug.

Otto Knaack, Gniezno (Gnesen), Tel. 290.

Öfen- und Blumentöpfefabrik, Gegr. 1824. 1666

Seite 1

Nette Landwirtstochter

erw. Erbt eines 500 Morgen, großen Gutes, wünscht auf diesem

Wege einen treuen Lebensgefährten

lennens zu lernen. Nur

gebildete, gut situierte

Herren im Alter von

25-35 Jahren, mit vornehmer Gesinnung u.

entsprechend. Vermög. woll.

Off. m. Bild einfl.

u. N. 2343 an d. Gt. d. 3.

Öffne Stellen

tüchtiger, selbständiger.

Redakteur

für das Konitzer Tage-

blatt, per bald, bzw.

1. Mai geucht. Öfferten

mit Lebenslauf, Zeug-

nisschriften und Ge-

haltsansprüchen sind

zu richten an

3861

Julius Schreiber

Chojnice, Ammt 17.

Rittergut Kraplewice

p. Laskowice, Pomorze

wünscht zum 1. April

tüchtigen

Schmiedemeister

mit Burischen u. eignen

Handwerkern. Führen

des Dreschhauses Be-

dingung.

3861

Erstklassigen

Schneider-

gesellen

verlangt

G. Drews,

Gdańska Nr. 151.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Ruhfütterer

der auch melkt, für ca.

50 Stück Rindvieh, mit

mögl. 2 Schärwertern.

Erwin Künkle,

Maria Künkle, pow.

Chojnice.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Einhändigem

Schmiedemeister

mit Burischen u. eignen

Handwerkern. Führen

des Dreschhauses Be-

dingung.

3861

Erstklassigen

Schneider-

gesellen

verlangt

G. Drews,

Gdańska Nr. 151.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Ruhfütterer

der auch melkt, für ca.

50 Stück Rindvieh, mit

mögl. 2 Schärwertern.

Erwin Künkle,

Maria Künkle, pow.

Chojnice.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Einhändigem

Schmiedemeister

mit Burischen u. eignen

Handwerkern. Führen

des Dreschhauses Be-

dingung.

3861

Erstklassigen

Schneider-

gesellen

verlangt

G. Drews,

Gdańska Nr. 151.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Ruhfütterer

der auch melkt, für ca.

50 Stück Rindvieh, mit

mögl. 2 Schärwertern.

Erwin Künkle,

Maria Künkle, pow.

Chojnice.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Einhändigem

Schmiedemeister

mit Burischen u. eignen

Handwerkern. Führen

des Dreschhauses Be-

dingung.

3861

Erstklassigen

Schneider-

gesellen

verlangt

G. Drews,

Gdańska Nr. 151.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Ruhfütterer

der auch melkt, für ca.

50 Stück Rindvieh, mit

mögl. 2 Schärwertern.

Erwin Künkle,

Maria Künkle, pow.

Chojnice.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Einhändigem

Schmiedemeister

mit Burischen u. eignen

Handwerkern. Führen

des Dreschhauses Be-

dingung.

3861

Erstklassigen

Schneider-

gesellen

verlangt

G. Drews,

Gdańska Nr. 151.

Sucht zum 1. April

tüchtigen

Ruhfütterer

der auch melkt, für ca.

50 Stück Rindvieh, mit

mögl. 2 Schärwertern.

Erwin Künkle,

Maria

Rundschau des Staatsbürgers.

Zur Liquidierung bestimmt

sind laut „Monitor Polski“ Nr. 60 und 61: Krankenhausgrundstück in Obořník, Besitzer: Vaterländischer Frauenverein in Obořník; Ansiedlung in Mierzynek, Kreis Birnbaum, Besitzer Paul Brauer; Ansiedlung mit Gutswirtschaft in Gromadec, Kr. Schubin, Besitzer Wilhelm Holtmeier; dagegen in Karlsdorf (Male Kapušecí), Kr. Bromberg, Besitzer Hermann Bachmann in Schmölln (Deutschland); Grundstück in Margonin, Kr. Kolmar, Besitzer Deutsche Brennereigenossenschaft in Margonin.

Gründung des Telegrammverkehrs mit Russland.

Vor kurzem wurde der Telegrammverkehr zwischen Polen und Russland eröffnet. Angenommen werden staatliche, meteorologische, gewöhnliche und Pressetelegramme, die in russischer, weißrussischer, englischer, französischer, deutscher und italienischer Sprache abgesetzt werden können, doch muss man sich hierbei des lateinischen Alphabets bedienen. Bedeutung ist, dass auf den Depeschen anstatt des Wortes „Russland“ zu sehen ist in polnischer Sprache „Z. S. R. R.“ in russischer Sprache „S. S. S. R.“ und in französischer Sprache „U. R. S. S.“. Die Gebühr für ein Wort beträgt 34 gr., dringend 102 gr., Pressetelegramme 17 gr. das Wort, doch müssen lehren an „Inowrota“ in Moskau adressiert werden. Chiffrierte Telegramme werden vorläufig noch nicht angenommen. Ferner werden von der Post auch Einschreibebriefe nach Russland angenommen gegen eine Gebühr von 30 gr. für 20 Gramm, für jede weitere 20 Gramm 20 gr.

Der Verkehr mit künstlichen Süßstoffen.

Eine Verordnung des Finanzministers über die Herstellung von Süßstoffen, d. h. solchen chemischen Verbindungen, welche zur Süßung von Speisen und Getränken verwandt werden, ohne den Nährwert des Zuckers zu bestimmen, bestimmt, dass unter diese Rubrik Saccharin, Dulzin, Glycin und solche Substanzen fallen, welche leicht in Saccharin übergeführt werden können. Grundsätzlich können künstliche Süßstoffe nur für Heil- und wissenschaftliche Forschungszwecke verwendet werden. Vorübergehend wird jedoch ihre Anwendung zur Süßung von Getränken und Speisen zugelassen, jedoch nur für den Haushalt. Dagegen ist die Anwendung zur Süßung von Lebensmitteln und Getränken, die zum Verkauf bestimmt sind, unbedingt verboten. Die Herstellung und der Handel mit künstlichen Süßstoffen ist nur mit behördlicher Genehmigung gestattet. Feder Süßstofftransport im Gebiete der Republik muss von den entsprechenden Dokumenten begleitet sein, d. h. von einer Transportbescheinigung, wenn er aus der Fabrik kommt, von einem Bestellscheinbillet, wenn er von einer konzessionierten Großhandelsgesellschaft verschickt wird und von einer Einfuhrgenehmigung, wenn er aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig stammt. Besuche betr. Errichtung einer Fabrik oder betr. Handelslizenzen sind an die zuständigen Monopolistellen zu richten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angefordert.

Bromberg, 18. März.

Städtische Parzellen für Bauzwecke.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 8. 1. 25 beschlossen, und die Stadtverordnetenversammlung ist bekanntlich am 19. Februar diesem Beschluss beigetreten, städtisches Bauterrain innerhalb der Stadt und in den Vororten in kleineren und größeren Parzellen zu Bauzwecken abzugeben, und zwar zu verhältnismäßig sehr günstigen Bedingungen. Vermutlich auf Grund dieses städtischen Angebots sind zur Ausnutzung derselben Gesellschaften in der Bildung begriffen, die Häuser auf Abzahlung bauen wollen. Gründer einer dieser Gesellschaften ist der Architekt Prof. Grabowski. Die Finanzierung der Gesellschaft geschieht angeblich von der Tschechei aus. Die städtischen Bedingungen sehen vor, dass die abgegebenen Bauplätze innerhalb 6 Jahren bebaut werden sollen; je früher die Bebauung stattfindet, desto geringer ist der Preis für die Parzelle.

Der Zweck des magistratlichen Angebots ist, Wohnungen zu schaffen, und zwar in möglichster Nähe der Arbeitsstätten der Interessenten; deshalb erstreckt sich das Angebot auf die verschiedenen Stadtgebiete. So sind Bauplätze zu haben: in Hohenholm am Walde, bei der Haltestelle Karlsdorf, bei der Kriegsschule Ecke Danziger- und Gneisenaustr. (Dwernickiego), in Bleichfeld in der Kurfürstenstr. (Senatorska) und Eisenbarstr. (Blocka), beträchtliches Baugelände steht des weiteren zur Verfügung in der Sportwiese (hinter den Schrebergärten), wo über 50 Hektar abgegeben werden können; sodann zu beiden Seiten der früheren Conradstr. (Ossolinek), wo etwa 40 Hektar zu haben sind; ferner ist die ganze Umgebung des früheren Madenschenplatzes (Sielanka) zu haben, im ganzen etwa 5 Hektar. Auch in der Viktoriastraße ist eine Parzelle von 30 Ar frei, des weiteren in Jagdschütz, Schwedenhöhe, in der Breitenstraße usw. Die Nachfrage nach den Parzellen ist sehr groß; wie es heißt, ist das Bauterrain in der früheren Conradstr. (Ossolinek) bereits vergriffen.

Hoffentlich läuft der Eislauf nicht nach, und hoffentlich wird sich schon im Frühjahr eine lebhafte Bautätigkeit entwickeln, so dass sich bereits im Herbst Erleichterungen in der Wohnungssuche werden bemerkbar machen können.

Der Straßenbahnerstreik beendet.

Bei den gestern Nachmittag stattgehabten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien kam eine Einigung über die Regelung der Lohnfrage zustande, so dass bald nach 4 Uhr der Straßenbahnerverkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Die Einigung ist auf einer „mittleren Linie“ erfolgt. Die besonderen Bushläge, die vom Schlichtungsausschuss den Straßenbahnen über die schon gewährten 10 Prozent abgesprochen waren, und deren Bewilligung das Werk ablehnt hatte, um eine bevorzugung der Strophenbahner gegenüber den Facharbeitern zu verhindern, wurden bei der letzten Verhandlung nur den Wagenführern anerkannt, und zwar in Höhe von 3 Groschen auf die Stunde. (Die vom Schlichtungsausschuss vorgeschlagenen Sätze waren 10 bzw. 15 Prozent, d. h. 7 bzw. 9 Groschen.) Sonach sind nach dem neuen Abkommen die Schaffner den Facharbeitern gleichgestellt (66 Groschen Stundenlohn), während die Wagenführer 69 Groschen erhalten.

Über eine etwaige Preiserhöhung für Licht- und Kraftstrom werden zwischen der Direktion des Werkes und dem Magistrat weitere Verhandlungen geführt. Die Leitung des Elektrizitätswerks hat den für die erhöhte Löhne notwendigen Preisvorschlag auf 2 Groschen für Kraftstrom und 3 Groschen für Lichtstrom (Kilowattstunde) formuliert, und es wird von den erwähnten Verhandlungen abhängen, ob und in welcher Höhe etwa eine Preiserhöhung beschlossen wird.

Eine Erhöhung der Straßenbahnpfarrpreise ist bei den ganzen Verhandlungen überhaupt nicht in Frage gekommen, und steht auch jetzt nicht zur Verhandlung. Wir erwähnen das, weil ein auswärtiges Blatt von der Absicht, den Fahrpreis von 15 auf 20 Groschen zu erhöhen, berichtet hatte.

S Osterferien. Auf eine Anfrage beim Kuratorium in Posen betr. Beginn und Dauer der Osterferien ist folgender Bescheid ertheilt worden: Schulschluß: Dienstag, 7. April, mittags. Schulanfang: Dienstag, 21. April, vormittags 8 Uhr.

S Auf dem heutigen Wochenmarkt war völlig ausreichendes Angebot, namentlich auch an Butter und Eiern, aber der Verkehr hielt sich in mäßigen Grenzen. Gefordert wurden in der Zeit von 10–11 Uhr folgende Preise: Butter 2,20 bis 2,50, Eier 1,40–1,50, Weißkäse 40, Tilsiter 2,40, Schweizer 2,80, Gänse 8–10 (Enten fehlten), Hühner 3–5, Puten 8–10, Tauben 2,20. — In der Markthalle kosteten: Schweinefleisch 70–1, Rindfleisch 60–80, Kalbfleisch 80, Hammelfleisch 60–70, Kochwurst 70–1, Dauerwurst 1,80–2, Rinder 2,50, Flechte, Schleie und Karauschen 2, Bresen 1, Plätze 60, grüne Heringe 50.

Bvereine, Veranstaltungen etc.

D. G. f. A. u. B. Donnerstag, den 19. 3., abends 8 Uhr, im Sivitas-Kino Volksliederabend. Näheres s. heutige Anzeige. 3906

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. a. Die erforderlich gewordene Spielplanänderung zwinge leider dazu, die Aufführung von „Renaissance“ am Freitag bereits als die letzte anzusehen. Mit Rücksicht darauf, dass das wertvolle Verlustspiel würdig und empfehlenswert ist, allen Publikumsschichten einen einwandfreien, freudigen Theaterabend zu bieten, gelten an dieser Vorstellung klare Preise! (8072)

* Posen (Poznań), 17. März. Die 1. Posener Strafanstalt verurteilte einen bekannten Posener Einbrecher namens Ignaz Marcysiał wegen dreier neuer Einbruchsfesthände, Diebstahl und eines vollendeten sowie eines unvollendeten Straftaubes zu acht Jahren Buchthaus und Siedlung unter Polizeiaufsicht. Die 3. Strafanstalt verfügte über den Schmied Johann Friedrich aus Schmiegel, der einen polnischen Offizier wider besseres Wissen des Diebstahls an Handwerkzeug beschuldigt hatte, wegen Verleumdung 6 Monate Gefängnis.

* Schubin (Szubin), 17. März. Wolfsspuren sollen sich, wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, neuerdings im Schubiner Walde auf dem frisch gefallenen Schnee gezeigt haben. Von den Tieren selbst hat man bis jetzt freilich noch keines zu Gesicht bekommen, und so bleibt abzuwarten, ob die Meldungen anderweitig bestätigt werden.

Bestellungen

auf die
Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern

angenommen.

Dieser Bestellzettel für 2. Quartal April 1925

ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.

Jede Postanstalt, auch Landbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt einzugeben.

Na 2. Kwartal 1925 zamawia — Für 2. Quartal 1925 *) Kwiecień " April " bestellt

Pan

Herr

Gat.	Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Ergebnis- ort	Na czas- (miesiąc) Be- zugs- zeit	Abona- ment Be- zugs- zeit Monate	Należy- tość Post- gebühr Geld
1	Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	3 , 1	8,25 2,75	1,08 0,96

Pokwitowanie. — Quittung.

Złoty zapłacone dzisiaj.

Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

data
den 1925.

*) Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.

Handels-Rundschau.

Die Lebhaftigkeit in der Textilindustrie in Polen dauert weiter an, und es machen sich keine Anzeichen einer baldigen Belbung bemerkbar. Sowohl in der Baumwollbranche, als auch in der Wollbranche herrscht Stille, wodurch der gegenwärtige Wollmangel in der Industrie noch mehr zum Vorschein kommt. Die Großkaufleute legen gegenüber den Produzenten die größte Reserve an den Tag. Die ungenügende und immer geringer werdende Kaufkraft der Allgemeinheit hält sowohl die Großkaufleute als auch die Detailisten von der Anhäufung von Warenvorräten ab. Der Wintersaisonhandel hat infolge des milden Winters vollkommen versagt und der gegenwärtige verzögerte Winter hält auch vor Anläufen für die Frühjahrs- und die Sommersaison ab. Besonders in der Wollbranche verschlechtert sich die Konjunktur. Die Wechselseitigkeit der Räuber werden auf immer breiterer Basis vorgenommen. Wechsel unter 4 und 5 Monaten werden fast gar nicht mehr ausgeführt. In der Baumwollindustrie ist durch die von der sowjetrussischen Mission vorgenommene Transaktion, die einen großen Teil fertigwaren angekauft hat, eine gewisse Erleichterung eingetreten. Die gesamte Ankaufsumme erreicht aber keine 300.000 Dollar. Wie verlautet, waren die von derselben Mission zu gleicher Zeit in der Tschechoslowakei getätigten Anläufe bedeutend größer, als die in Polen. Es geht jedoch darum, dass die gegenwärtigen Anläufe nur als vorläufige zu betrachten sind. Sofern dies zutrifft, und von Seiten Sowjetrusslands weitere Transaktionen vorgenommen würden, dann hätte die Baumwollbranche eine Besserung der Lage zu verzeichnen. Man darf sich jedoch keinen Illusionen hingeben, denn es ist möglich, dass die in Polen nur in so schmalen Grenzen getätigten Anläufe Sowjetrusslands dem Umstand zu verdanken sind, dass die

Ware auf Lager war. Tatsächlich war auch den Kaufern an der sofortigen Lieferung der Ware gelegen.

ow. Das neue polnisch-tschechoslowakische Handelsabkommen, das bekanntlich einen der Hauptstreitpunkte bei den in den letzten Monaten geführten Handelsvertragsverhandlungen bildete, ist, wie unser tschechoslowakischer Korrespondent meldet, auf folgender Grundlage aufgestellt bekommen: Beim Transit durch die Tschechoslowakei nach Österreich genießt die polnische Kohle eine Tarifermäßigung von 80 Kr. je Wagen. Auch für die Einfuhr in die Tschechoslowakei werden die Tarifzölle reduziert. Das Einfuhrkontingent für polnische Kohle, die die Warschauer Regierung ursprünglich auf ca. das Fünffache erhöht haben wollte, wird auf 60.000 Tonnen monatlich festgesetzt statt bisher durchschnittlich 50.000 Tonnen. Von der Gebundenheit des Einfuhrkontingents an bestimmte Exportfirmen wird abgesehen, also der freie Handel eingeführt.

ow. Die polnische Seidenindustrie, die vor dem Kriege ca. 6000 Arbeiter beschäftigte, ist gegenwärtig nur zu 45 Prozent in Betrieb. Ihre Erzeugnisse werden hauptsächlich nach Österreich, Rumänien, Bulgarien und den baltischen Ländern exportiert.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 17. März. Umsätze. Verkauf — Kauf. Holland 207,90, 208,40—207,40; London 24,85^{1/2}, 24,92—24,70; New York 5,18^{1/2}, 5,20—5,17; Paris 26,77, 26,88—26,71; Prag 15,43^{1/2}, 15,48—15,40; Schweiz 100,25, 100,50—100,00; Wien 78,11, 78,29—72,98; Italien 21,25, 21,30—21,20.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 17. März. An Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 125,23 Geld. 125,84 Brief; 100 Złoty 100,94 Geld, 101,46 Brief; Sched London 25,21 Geld, 25,21 Brief. — Telegraph. Auszahlungen: Berlin Reichsmark 125,206 Geld, 125,84 Brief; Warschau 100 Złoty 100,88 Geld, 101,44 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Distanz- sätze	Für brachiale Auszäh- lung in deutscher Mark	In Reichsmark	In Reichsmark
		17. März Geld	16. März Brief
—	Buenos-Aires . 1 Bel.	1.659	1.660
7%	Japan . . . 1 Den.	1.789	1.747
	Konstantinopel 1 Pf. Wd.	2.162	2.155
5%	London . . 1 Pf. Str.	20.075	20.088
3%	New York . . 1 Doll.	4.195	4.195
	Amsterdam . . 100 Fl.	167,74	168,16
4%	Amsterd-Amtr. 100 Fr.	21,23	21,23
5,5%	Christiania . . 100 Kr.	64,87	64,52
6%	Danzig . . 100 Gulden	79,82	79,73
9%	Helsingfors 100 finn. M.	10,58	10,80
5,5%	Italien . . 100 Lira	17,165	17,203
7%	jugoslavien 100 Dinar	6,74	6,74
7%	Kopenhagen . . 100 Kr.	78,30	78,53
8%	Lissabon . . 100 Escudo	20,075	20,115
7%	Paris . . 100 Fr.	21,64	21,70
6%	Prag . . 100 Kr.	12,45	12,49
4%	Schweiz . . 100 Fr.	80,883	80,88
9%	Toskana . . 100 Lira	3,055	3,065
5%	Spanien . . 100 Pes.	59,53	59,63
5,5%	Stockholm . . 100 Kr.	113,08	113,34
12,5%	Budapest . . 1000000 Ft.	5,815	5

